

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einheit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zufendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Dieser Grundstein ist für die organisierten und die unorganisierten Bauarbeiter Deutschlands bestimmt; die unorganisierten sollten ihn ganz besonders aufmerksam lesen!

Die Gewerkschaft als Kulturbringerin.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung trägt in sich die Tendenz, die Lage der Arbeiterschaft fortgesetzt zu verschlechtern. Der einzelne Kapitalist oder Unternehmer betreibt sein Geschäft nicht, um Arbeiter beschäftigen und sie gut entlohnen zu können, sondern um zu verdienen. Und zwar will er möglichst viel verdienen. Aus dem Gewinn, den ihm sein Geschäft einbringt, hofft er, ein reicher Mann zu werden. Gewinne oder Profite kann er aber nur machen, wenn er aus seinen Arbeitern so viel wie möglich herauszuholen sucht. Er ist schon aus Gründen der Konkurrenz gezwungen, seine Arbeiter so schlecht wie möglich zu entlohnen und sie so lange wie möglich für sich arbeiten zu lassen. Die kapitalistische Wirtschaft selbst mit ihrer Entwicklung der Technik sorgte anfangs dafür, daß er dieses Geschäft ungehindert betreiben konnte. Durch Einführung neuer Maschinen wurden Arbeitskräfte überflüssig; es bildete sich eine stets zur Verfügung der Kapitalisten stehende Reservearmee, die, um dem Hungerode zu entgehen, gezwungen war, zu jeder Abdingung vom Kapitalisten Arbeit zu nehmen, und die die Löhne der Gesamtarbeiterschaft stets auf der untersten Grenze der Existenzmöglichkeit hielt.

Diese Tatsachen sahen seinerzeit Karl Marx zur Aufstellung seiner Verelendungstheorie. Danach sollten die Ausbeutung, die Bedrückung, das Elend, die Knechtschaft der Arbeiter immer mehr zunehmen, bis eine äußerste Grenze erreicht wäre und die Arbeiterklasse ihr Joch gewaltsam abzuwerfen suchte.

Da sich hat Karl Marx die Tatsachen durchaus richtig gesehen. Die kapitalistische Wirtschaft entwickelt die von ihm beschriebene Tendenz, und wenn sich die Arbeiter nicht die Waffe geschaffen hätten, mit der sie ihrer Verelendung wirksam begegnen können, so wäre die von ihm vorausgesagte immer größer werdende Verelendung der Arbeiter zweifellos Tatsache geworden. Der einzelne Arbeiter war ja dem Kapital gegenüber völlig machtlos. Die Einführung neuer Maschinen war für ihn ein Fluch, weil sie Arbeit sparten und immer neue Arbeitskräfte überflüssig machten. Aber er konnte weder die Einführung neuer Maschinen hindern, noch seinen Unternehmers zwingen, ihm für die geleistete Arbeit einen angemessenen Lohn zu zahlen. Er konnte auch nichts zur Verfügung der Arbeitszeit tun, die durch die Einführung der Maschinen ermöglicht wurde. Er mußte sich ganz den Bedingungen des Kapitalisten fügen und froh sein, daß er überhaupt Arbeit bekam. Wollte er die Arbeit zu den vom Kapitalisten gebotenen Bedingungen nicht annehmen, so standen an seiner Stelle tausend andere bereit, die, wie er selber, auch Hunger hatten und froh waren, überhaupt Arbeit und Verdienst zu bekommen.

Diese, für die Arbeiterschaft geradezu stichtreue Tatsachen haben sich erst mit der Gründung der Gewerkschaften geändert.

In den Gewerkschaften haben sich die Arbeiter eine Waffe geschaffen, die sie befähigt, nicht nur der Verelendung der Arbeiter entgegenzuwirken, sondern darüber hinaus auch eine bessere Lebenshaltung für sich zu erkämpfen.

Wir wollen dies mit einigen Zahlen beweisen. Nach den statistischen Erhebungen des ehemaligen Bauarbeiterverbandes, die sich über das ganze Deutsche Reich erstreckten, betrug der durchschnittliche Stundenlohn der deutschen Maurer im

Jahre 1895 34,8 Pf., das Jahreseinkommen bei 239 Arbeitstagen zu durchschnittlich 10 1/2 Arbeitsstunden M. 873. Die tägliche Sommerarbeitszeit betrug damals vielfach noch 11 und 12 Stunden. Im Jahre 1914 war die tägliche Sommerarbeitszeit mit Hilfe der Organisation überall auf mindestens 10 Stunden verkürzt; in vielen großen Städten,

Ein Beispiel.

Ein Blatt Papier zerreißt ein Kind
Und streut die Segen in den Wind,
Jedoch ein Band von tausend Blatt
Trotz selbst dem stärksten Goliath.

Dies Beispiel gibt dir den Bescheid:
Ein Mann gilt nichts als Einzelheit,
Doch schließt er sich der Vielheit an,
Gibt's nichts, das ihn bezwingen kann!

Viktor Kallinowski.

in denen die meisten Arbeitskräfte beschäftigt sind, betrug sie nur 9 oder 9 1/2 Stunden, für verschiedene Arbeitergruppen nur 8 oder 8 1/2 Stunden. Sicher war die durchschnittliche Arbeitszeit im Jahre 1914 nicht mehr länger, eher kürzer als 9 1/2 Stunden. Der durchschnittliche Stundenlohn der deutschen Maurer hatte sich inzwischen, dank der Tätigkeit der Organisation, auf 60 Pf. erhöht. In 239 Arbeitstagen zu durchschnittlich 9 1/2 Stunden gibt dies ein Jahreseinkommen von M. 1362.

Der durchschnittliche Stundenlohn der deutschen Maurer ist also infolge der Tätigkeit der Organisation im Laufe von knapp 20 Jahren von 34,8 Pf. auf 60 Pf., ihr durchschnittliches Jahreseinkommen trotz verkürzter Arbeitszeit von M. 873 auf M. 1362 gestiegen. Die Steigerung des durchschnittlichen Stundenlohnes in dieser Zeit betrug 25,2 Pf. oder rund 72 pZt., die Steigerung des Jahreseinkommens M. 489 oder 55 pZt., die Verkürzung der Arbeitszeit im Jahr mindestens 239 Stunden oder 10,5 pZt.

Das sind ganz gewaltige Erfolge, wenn man bedenkt, daß den Unternehmern fast jeder Fleißig Lohnnachzahlung und besonders jede Verkürzung der Arbeitszeit von der Organisation abgerungen werden mußte. Für die übrigen baugewerkschaftlichen Arbeitergruppen sind ähnliche, zum Teil noch größere und schönere Verbesserungen erreicht worden.

Man darf nun freilich nicht glauben, daß die fünfundsünfzigprozentige Erhöhung des Jahreseinkommens auch eine fünfundsünfzigprozentige Verbesserung der Lebenshaltung der Maurer und sonstigen baugewerkschaftlichen Arbeiter bedeute. Denn in gleicher Zeit sind ja auch die Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel im Preise gestiegen. Was wir bis jetzt kennen gelernt haben, war nur die Steigerung des Geld- oder Nominallohnes; es kommt aber für unsere Zweck darauf an, die Steigerung des Sach- oder Reallohnes kennen zu lernen. Denn für den Arbeiter ist nicht die absolute Höhe seines Lohnes maßgebend, sondern ausschlaggebend ist, was er für seinen Lohn kaufen kann. Die wirkliche Verbesserung der Lebenshaltung einer Arbeiter-

gruppe können wir erst erkennen, wenn wir die Steigerung ihres Einkommens und die Steigerung der Preise miteinander vergleichen und feststellen, wieviel Lebensmittel jemand im Jahre 1895 und wieviel er im Jahre 1914 von seinem Einkommen kaufen konnte. Als Maßstab für diesen Zweck dient uns die von der Marineverwaltung festgelegte Lebensmittelliste des Marineesoldaten. Da ergibt sich nun folgendes: Wollte eine vierköpfige Familie (Mann, Frau und zwei Kinder) im Jahre 1896 für sich dreimal soviel Lebensmittel kaufen, als für den Marineesoldaten berechnet wurden, so mußte sie dafür im Durchschnitt von mehreren hundert deutschen Städten wöchentlich M. 19,01, im Juli 1914 aber M. 25,12 bezahlen. Der Preis der Familienration war also um M. 6,11 = 32,14 pZt. gestiegen.

Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Maurer war somit um rund 23 pZt. mehr gestiegen, als die Preise der Lebensmittel.

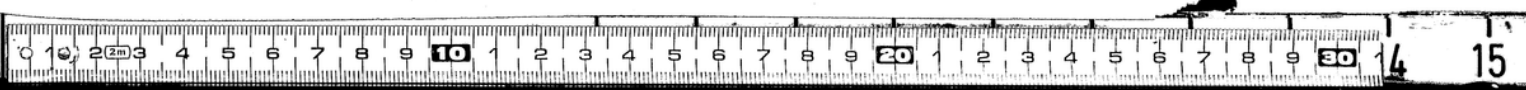
Nachdem wir dieses wissen, bleibt uns noch festzustellen, wieviel Lebensmittel die deutschen Maurer im Jahre 1895 von ihrem niedrigen und wieviel sie im Jahre 1914 von ihrem erhöhten Einkommen kaufen konnten. Erst dann wissen wir, um wieviel sich ihre Lebenshaltung wirklich verbessert hat.

Zu einer Genähigung, wie sie dem Marineesoldaten gewährt wurde, reichte das Einkommen des deutschen Maurers weder im Jahre 1895 noch im Jahre 1914 aus. Immerhin hatte sich seine Kaufkraft, dank der über die Preissteigerung für Lebensmittel weit hinausgehenden Steigerung seines Einkommens, wesentlich gehoben. Wenn der deutsche Maurer im Jahre 1896 die Hälfte seines Sommerwochenlohnes für Lebensmittel ausgab, so bekam er dafür 57,7 pZt. dazugehörige Lebensmittel, die er hätte haben müssen, wenn er sich und seine Familie ebenso gut wie der Marineesoldat hätte ernähren wollen. Im Juli 1914 bekam er dagegen für seinen halben Sommerwochenlohn 68 pZt. dieser Ration. Zeigt man die Menge Lebensmittel, die er für seinen halben Sommerwochenlohn 1896 bekam, gleich 100, so ergibt sich für 1914 die Summe von 117,85. Mit anderen Worten:

Der deutsche Maurer konnte im Jahre 1914 von seinem halben Sommerwochenlohn rund 18 pZt. Lebensmittel mehr kaufen als im Jahre 1896.

Dies ist die in Lebensmitteln ausgedrückte Verbesserung der Lebenshaltung, die sich die deutsche Maurer im Laufe von knapp zwei Jahrzehnten mit Hilfe ihrer Organisation, allen Widerständen zum Trotz, errungen haben.

Aber damit ist die Verbesserung ihrer Lebenshaltung nicht im entferntesten erschöpft. Die sehr erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit haben wir schon erwähnt. In der Verkürzung der Arbeitszeit haben die Gewerkschaften das Mittel gefunden, das aus der technischen Entwicklung sich ergebende Wachstum der industriellen Reservearmee zu verlangsamen und zeitweilig ganz aufzuhalten. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde den Tag haben die Organisationen der Bauarbeiter für viele Tausende Bauarbeiter Arbeit und Verdienst geschaffen. Erst durch die Tätigkeit der Gewerkschaften ist die Einführung Arbeit sparender und Menschensünde überflüssig machender Maschinen für die Arbeiter von einem Fluch zu einem Segen geworden.



Die Verkürzung der Arbeitszeit hat für den Arbeiter auch noch andere Bedeutung. Sie bedeutet für ihn Verneuerung seiner freien Zeit, Hebung des Familienlebens, Verbesserung der Gesundheit. Die Verkürzung der Arbeitszeit ermöglicht es dem Arbeiter, sich der Natur zu erziehen, seine Bildung zu vertiefen, am politischen Leben mitzuwirken. Sie macht den Arbeiter erst zum Staatsbürger und Menschen im wahren Sinne des Wortes.

Die Gewerkschaften hätten schon Großes geleistet, wenn sie nicht erreicht hätten als die Zurückdrängung der verelenden Tendenz des Kapitalismus. Sie haben aber darüber hinaus erfolgreich für den Aufstieg der Arbeiter, für ihre Erlösung aus der Knechtschaft des Kapitalismus gekämpft. Die Gewerkschaft hat dafür gesorgt, daß das dumpe, träge, geistlose Dasein der Arbeiter, das Leben, bestehend aus Arbeit und Schlaf, aufhörte, daß der Arbeiter aufwachte und sein Menschentum suchte. Aus gebildeten, realistischen, sich ihres Wertes und ihrer Kraft selbst nicht bewußten Petolen hat die Gewerkschaft im Laufe einiger Jahrzehnte aufrechte, selbstbewußte, ihre Geschäfte selbst leitende Männer gemacht. Die Gewerkschaft hat in zehnen Ringen die Herrschaft des Unternehmertums gebrochen, sie hat an Stelle der Unternehmerratur die Forderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die vertragliche Regelung zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer gesetzt und damit im Arbeitsvertrag die Gleichberechtigung der Arbeiter und Unternehmer erreicht. Die Gewerkschaft hat den Arbeiterschutz verbessert und damit vielen Arbeitern Leben und Gesundheit erhalten. Die Gewerkschaften haben ferner allein schon durch ihr Bestehen und die Kraft, die hinter ihnen steht, auf die Gesetzgebung in einem für die Arbeiter günstigen Sinne gewirkt, sie haben den sozialen Fortschritt gefördert und auch zur Förderung des politischen Fortschrittes nicht wenig beigetragen. Für den einzelnen Arbeiter ist die Gewerkschaft Schutz und Stütze in jeder Beziehung geworden. Wenn Eintritt für seine Kollegen, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Tod steht sie mit ihren starken Kräfte hinter ihn und erleichtert ihm sein Los.

Durch all das führt die Gewerkschaft den Aufstieg der Arbeiter herbei, ist sie für den Arbeiter eine Kulturbringerin im wahren Sinne des Wortes.

Dieser Kulturbringerin anzugehören, sollte jeder Arbeiter als heilige Pflicht, ihr nicht anzugehören aber als Schmach und Schande empfinden.

Was hat der Deutsche Bauarbeiterverband während des Krieges geleistet?

Die Leistungen des Deutschen Bauarbeiterverbandes in der Kriegszeit reißt auszusagen, ist natürlich im Rahmen eines kurzen Aufsatzes ganz unmöglich. Dazu müßte man schon eine Geschichtsbuch des Verbandes über seine Tätigkeit in der Kriegszeit schreiben. Hier wollen wir nur bemerken, daß sein ganzes Sinnen und Trachten tagtäglich darauf gerichtet war, die Not zu bekämpfen und die Leiden zu mildern, die der Krieg über die deutschen Bauarbeiter gebracht hat. Dies wollen wir mit einigen markanten Beispielen und Zahlen beweisen.

Als der Krieg ausbrach, wurde in ganz Deutschland die Bauaktivität in großem Umfang stillgelegt. Hunderttausende Bauarbeiter wurden arbeitslos, trotz der massenhaften Einziehungen zum Heeresdienst. Unter diesen Umständen war an eine weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zunächst nicht mehr zu denken; der Verband mußte sich darauf beschränken, die Verschlechterungen abzuwehren, die rücksichtslose Unternehmer unter Ausnutzung der großen Arbeitslosigkeit den Bauarbeitern aufzuzwingen suchten. Und er mußte ferner darauf bedacht sein, seine arbeitslos gewordenen und in der Not geratenen Mitglieder sowie die Familien seiner im Heeresdienst stehenden Mitglieder soviel wie möglich zu unterstützen. Weibes ist ihm in hohem Maße gelungen.

Der Verband trat mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe eine Vereinbarung, wonach während des Krieges alle in Friedenszeiten abgeschlossenen Tarifverträge in Kraft blieben. Lohnföhrungen durften auch bei geprüfter Arbeitslosigkeit niemals vorgenommen werden; für die gewinnföhriger Unternehmer die Löhne trotzdem, so war der Arbeitgeberverband gehalten, selbst dagegen einzuschreiten, sofern es sich um einen organisierten Unternehmer handelte. Half sein Einschreiten nicht oder handelte es sich um einen unorganisierten Unternehmer, so suchte ihn unser Verband durch die Verkündung der Bitte zur Einhaltung des Vertrages zu zwingen. Durch dieses Vorgehen wurde erreicht, daß bei Beginn des Krieges trotz gewisser Arbeitslosigkeit die Löhne nur in verhältnismäßig geringem Maße herabgesetzt wurden und daß auch die sonstigen tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen keine Verschlechterung erlitten. Ohne starke Organisation wäre damals mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen alles drunter und drüber gegangen. Die Organisation aber hielt die Grundlagen aufrecht, auf denen später eine Neuregelung der Löhne möglich war. Diese Grundlagen sind auch bis heute nicht erschüttert worden. Für die deutschen Bauarbeiter ist das ein gewaltiger Vorteil gewesen. Viel Hunderttausende,

vielleicht viele Millionen Mark sind dadurch den deutschen Bauarbeitern an Löhnen gerettet worden.

Um der über alle Maßen großen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, hat sich der Deutsche Bauarbeiterverband gemeinsam mit den anderen baugewerblichen Arbeiterverbänden und dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe um die Beschaffung von Arbeit bemüht. Es wurde eine Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe gegründet, die sich an Reich, Staaten und Gemeinden wandte und um Fortführung der stillgelegten sowie um Inangriffnahme neuer Bauarbeiten ersuchte. Dieses Vorgehen hat guten Erfolg gehabt; die stillgelegten Bauarbeiten wurden allmählich wieder in Angriff genommen und neue Bauten

Was ihr nicht sollt.

- Ihr sollt nicht dumpfen, sollt nicht schlafen!
- Versteht ihr nicht den Geist der Zeit?
- Noch immer meidet ihr den Hofen,
- In dem ihr sturmgeborgen seid!
- Ihr sollt nicht müßig abwärts leben.
- Wo in der Front die Brüder stehen!
- Ihr sollt nicht ziellos einwärts gehen,
- Geschlossen müßt ihr vorwärts gehn!
- Ihr sollt nicht wie Schakale schleichen
- Und hupfen um die Herrensauft!
- Verneint ihr etwas zu erreichen,
- Dann ist es doch nur eitel Dunst!
- Ihr sollt euch nicht in Demut ducken,
- Eud aufrecht, immer kampfbereit!
- Es ducken sich nur Kameliden
- In händischer Ergebenheit!
- Laßt euch von niemand unterdrücken,
- Verkauft euch nicht für schändes Geld!
- Ihr könnt die Frucht der Arbeit pflücken,
- Wenn ihr getreu zusammenhalt!
- Eud nicht dem Fortschritt der Proleten
- Und dem Verband ein Weisgewicht!
- Laßt euer Menschentum nicht treuen,
- Denn gar der Wurm krümmt sich und sticht!

Viktor Kalinowski.

wurden angefangen, so daß nach Ablauf einiger Monate fast alle Bauarbeiten wieder in Lohn und Arbeit standen. Seine arbeitslosen Mitglieder hat der Deutsche Bauarbeiterverband vom Beginn des Krieges an unterstützt. Er hat für Arbeitslosen- und Notstandsunterstützung während des Krieges rund 34 Millionen Mark ausgegeben. An die Familien seiner im Heeresdienst stehenden Mitglieder hat er über 5½ Millionen Mark ausgezahlt.

Zusammen hat der deutsche Bauarbeiterverband während des Krieges weit über 10 Millionen Mark Unterhaltungen gezahlt.

Es ist schon mit diesen Summen viel Not und Leid gemildert worden, so fällt die Erhöhung der Löhne, die der Verband im weiteren Verlauf der Kriegszeit für die deutschen Bauarbeiter erzwungen hat, noch sehr viel mehr ins Gewicht. Gemeinsam mit den anderen baugewerblichen Verbänden hat er in Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe unter Mitwirkung der Reichsregierung eine Teuerungszulage von durchschnittlich 40 % für die Stunde erreicht. In 280 Arbeitstagen durchschnitlich neunemalhalb Arbeitsstunden ergibt dies eine Steigerung des Jahreseinkommens um über 1.000. Dazu kommen für einen großen Teil der Bauarbeiter noch verschiedene andere Zulagen: Ausföhrungen, Werkzulagen, Bezahlung für Wegezeit und Wirtshausen, Fahrgeld usw. So daß die Steigerung des Einkommens für die deutschen Bauarbeiter im Jahre über 1.000 betragt. Wie schwer es gewesen ist, die Unternehmer zur Gewährung dieser Zulagen zu bewegen, obwohl sie infolge der Preissteigerungen absolut nötig waren, ist allen organisierten Bauarbeitern bekannt. Es bedurfte bei allen Verhandlungen des ganzen Dranges der Organisation, und zuletzt sogar der Hebernahme eines Teiles der Kosten auf das Reich und die Einzelstaaten, um die Unternehmer zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Ohne starke Organisation wäre eine allgemeine Teuerungszulage von 40 % die Stunde niemals zu erreichen gewesen.

Das ist nur einiges, das Wichtigste von dem, was der Deutsche Bauarbeiterverband während des Krieges geleistet hat. Es ist aber wohl genug, um jedem einsichtsvollen Bauarbeiter den Wert und die Notwendigkeit einer starken Organisation vor Augen zu führen. Die geschichtlichen Tatsachen müßten jeden Bauarbeiter, der dem Verbande noch fern steht, veranlassen, sich ihm unerschrocken anzuschließen. In den Erfolgen, die der Verband erzwungen hat, ist heute jeder Bauarbeiter beteiligt; es hat deshalb auch jeder die Pflicht, zur Stärkung des Verbandes beizutragen. Nur durch die Solidarität aller gegen alle ist der Verband groß und stark geworden. Nur durch die Solidarität aller gegen alle konnte er seine Erfolge erringen. Es wird in Zukunft erst recht der Solidarität aller gegen alle bedürfen, wenn er die großen, ihm bevorstehenden Aufgaben zum Wohle der deutschen Bauarbeiter erfüllen soll. Darum ergeht auch an alle heute noch unorganisierten Bauarbeiter der Ruf:

Hinein in den Deutschen Bauarbeiterverband!

Wie werden die Preise und die Löhne in Zukunft sein?

Während des Krieges sind die Preise zunächst für Lebensmittel, später aber auch für alle anderen Bedarfsartikel, in wachsender Weise in die Höhe gegangen. Noch im Juli 1914 stellten sich die Kosten für die Lebensmittel einer vierköpfigen Familie, berechnet nach der Standardration des Marineoffiziers, wöchentlicher im Reichsbudget auf 11,25. Bereits im Juli 1915 waren sie auf 18,16, im Juli 1916 auf 28,47 gestiegen. Die Steigerung betrug also in den beiden ersten Kriegsjahren um 118 %. Damit waren die gesamten Lohnverhöhrungen, die sich die Arbeitererschaft mit Hilfe ihrer Gewerkschaften im Laufe von Jahrzehnten erzwungen hatte, mit einem Schlage weggenommen. Die Arbeitererschaft war in ihrer Lebenshaltung auf den Stand zurückgeworfen, den sie eingenommen hatte, als sie noch keine nennenswerte Organisation und keine Mittel zur Verbesserung ihrer Lage hatte.

Anschließend sind die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel unablässig weiter gestiegen. Besonders im Schlichthandel, dessen sich heute infolge der mangelhaften Erzeugung und Verteilung der Lebensmittel fast die ganze Bevölkerung bedient und bedienen muß, haben die Preise eine geradezu schwindelnde Höhe erreicht. Die Verteilung der Lebensmittel, die sich für die Arbeiter aus diesen Zuständen ergibt, übersteigt alles, was man früher in dieser Beziehung für möglich hielt. Die Gewerkschaften haben zwar ihre ganze Kraft eingesetzt, um die Preissteigerungen durch Erhöhung der Löhne oder Erzeugung von Teuerungszulagen soweit als möglich wieder auszugleichen. Sie haben dabei, wie wir an anderer Stelle ausgeführt haben, auch gewisse Erfolge gehabt. Aber ein voller Ausgleich für die herrschende Teuerung ist die erzwungene Rohstoffteuerung nicht; dazu hätte es der doppelten oder noch größerer Lohnverhöhrungen bedurft.

Wie werden nun die Löhne und die Preise nach dem Kriege sein?

Die Preisgestaltung hängt, solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, stets von Angebot und Nachfrage ab. Ist das Angebot groß, so sinken die Preise, ist das Angebot so klein, daß die Nachfrage nicht gedeckt werden kann, so steigen sie rasch. Dieses ökonomische Gesetz wird auch in Zukunft wirksam sein; es konnte selbst während des Krieges durch alle Kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, wie Beschlagnahme und Nationalisierung der wichtigsten Waren, Preisföhrung von Höchstpreisen usw., nicht unwirksam gemacht werden.

Nun ist zwar damit zu rechnen, daß die Lebensmittelversorgung nach dem Kriege etwas besser werden wird als sie heute ist; aber so viel früher wird es noch lange nicht sein. Vielmehr wird auf dem Lebensmittel- und Warenmarkt noch jahrelang ein sehr föhrbarer Mangel bestehen. Deutschland kann heute — das hat der Krieg wohl sichtlich bewiesen — seinen Bedarf an Lebensmitteln nicht selber decken. Es war vor dem Kriege auf eine reichhaltige Einfuhr — im Jahre 1918 wurden für über 3 Milliarden Mark Lebensmittel eingeföhrt — angewiesen; es wird auch in Zukunft zur Deckung seines Bedarfs auf eine starke Einfuhr angewiesen sein, zumal die Getreideernte infolge des Wobens während des Krieges nicht geblieben, sondern gesunken ist.

Der Einfuhr von Lebensmitteln stehen aber Schwervierpfeilen mancherlei Art entgegen. Die Vorräte an Lebensmitteln sind während des Krieges auch in den Ausfuhrländern fast überall erschöpft, die Viehhöfde sind verdrängt, die Acker stark herabgewirtschaftet, die Ertragsfähigkeit des Bodens hat infolge Mangels an Arbeitskräften und Düngstoffen überall nachgelassen. Dagegen ist die Nachfrage nach Lebensmitteln in allen Ländern sehr groß. Für die Zufuhr aus überseeischen Gebieten kommt noch der Mangel an Schiffraum hinzu. Auch der Mangel an Zahlungsmitteln wird Deutschland zu einer starken Verhängung der Einfuhr zwingen. Nur dem Lebensmittel mit unserer eigenen Ausfuhr bezogenen Getreide zum Beispiel haben wir Auf und hochwertige Industrieprodukte, von den deutschen Arbeitern erzwungene Getreideernte auf der Erde geliefert. Nach dem Kriege haben wir solche Industrieprodukte zum Teil für uns selber nicht und können sie, aus Mangel an Rohstoffen, auch nicht rasch in solchen Mengen erzeugen, daß wir damit unsere Einfuhr bezahlen könnten.

Alles das wird dazu beitragen, daß die Zufuhr von Lebensmitteln nach Deutschland den Bedarf bei weitem nicht decken wird. Daran ergeben sich ganz von selbst hohe Preise. Bei der Knappheit und großen Nachfrage nach Lebensmitteln wird Deutschland schon auf dem Weltmarkt für teurer einkaufen müssen als vor dem Kriege. Dazu kommen dann noch die hohen Frachtkosten für den Transport, die die Lebensmittel ebenfalls gewaltig verteuern, ferner die Zölle, Steuern und sonstigen Abgaben, die unsere teuresten und im Lande erzeugten Lebensmittel gegen will. Angeföhrt als keine Dinge ist aber nicht daran zu denken, daß die Lebensmittelpreise halb oder überhaup niemals wieder auf den Stand zurückgehen werden, den sie vor dem Kriege eingenommen haben.

Was für die Lebensmittel gilt, gilt mehr oder minder auch für die Preise aller anderen Waren und Bedarfsartikel. In Kleidung, Wäsche, Hausrat usw. ist der Bedarf ganz viel größer. Die Masse des Volkes ist bis auf's Äußerste abgeriffen. Die Arbeiter sind meist bis auf die letzten Zähne aufgetragenen, die Stiefel zerfallen, Leib- und Bettwäsche ist zerföhren. Alles ädernt förmlich nach Ersatz. Aber welche Käufer sind geblieben, die Rohstoffe verbraucht, die Fabrikanten liegen still oder fabrizieren Arztematerial. Der gewaltige

Nachfrage steigt kein irgendwie nennenswertes Angebot gegenüber. Kein Wunder, daß die Preise ins Maßlose steigen. Sie werden auch nach dem Kriege noch lange nicht herabgehen, zum Teil vielleicht eher noch weiter steigen. Denn der Bedarf ist nach dem Kriege noch größer als jetzt; es wird dann schließlich niemand mehr geben, der nicht Bedarf an Kleidung, Schuhwerk, Wäsche und Hausrat hat. Aber auf ein größeres Angebot ist dann nicht zu rechnen; denn zur Herstellung von Kleidung und Wäsche muß man nicht mit dem schundhaftesten Papier- und anderem Geklopptes weissen wollen, Wolle und Baumwolle, zur Herstellung von Schuhen muß man Leder oder wenigstens Haut haben, das man nur Leder oder wenigstens Haut hat. Alle diese und noch viele andere Dinge müssen aber zum größten Teil vom Ausland, meistens aus dem Ausland, eingeführt werden, und hier gilt das gleiche, was für die Einfuhr von Lebensmitteln gilt: die Nachfrage ist überall groß, das Angebot klein, die Preise sind hoch, der Schiffsräum ist knapp, Zahlungsmittel fehlen. So sind alle Vorbedingungen, nicht für einen Rückgang, sondern teilweise eher noch für eine weitere Steigerung der Preise gegeben.

Auf einem Gebiet ist eine sehr erhebliche Preissteigerung nach dem Kriege ganz sicher zu erwarten: auf dem Gebiet der Wohnungen. Auch die Wohnungen sind ja in unserer kapitalistischen Zeit eine Ware, deren Preis von Angebot und Nachfrage abhängt. Die Nachfrage ist bei keiner anderen Ware ist die Wirkung von Angebot und Nachfrage so stark in die Erscheinung getreten, wie gerade hier. In den ersten Kriegsjahren, als schon alle anderen Waren fast im Preise gestiegen waren, blieben die Wohnungspreise immer noch auf ihrem alten Stand, teilweise wurden sie sogar noch billiger. Es war eben damals ein Überangebot von Wohnungen vorhanden. In dem Grade, wie dieses Überangebot abnahm und an seine Stelle eine steigende Nachfrage trat, machte sich das Versteuern geltend, die Wohnungspreise zu erhöhen. Zuerst berechnete man die notwendige Preissteigerung auf 10 bis 15 pSt., für Neubauten auf 25 bis 30 oder 35 pSt.; jetzt spricht man schon allen Ernstes um Mietpreiserhöhungen für Neubauten um 75 bis 100 pSt. Nach dem Kriege wird die Wohnungsnot so groß werden, daß es den Hausbesitzern leicht fallen wird, die Wohnungsmieten ganz gewaltig zu steigern.

So deutet alles darauf hin, daß wir nach dem Kriege noch lange Zeit vielleicht ebenso hohe, zum Teil vielleicht noch höhere Preise haben werden, als während des Krieges. Es müßten also, wenn der Krieg für die Arbeiter nicht eine dauernde Verschlechterung ihrer Lebenshaltung bringen soll, die Löhne so erhöht werden, daß sie einen wirklichen Ausgleich für die Verteuerung brähten. Statt dessen treffen die Unternehmer alle Vorkehrungen, um die angehöbte viel zu „hohen“ Kriegslöhne abzubauen. Besonders auch die Bauunternehmer bereiten sich darauf vor, was sowohl der Sekretär des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, Dr. Froehner, als auch die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ für das Baugewerbe“ ausgesprochen haben. Die letztere hat allerdings gleich hinzugefügt, daß im Baugewerbe eine „erhebliche“ Verschärfung der Löhne nicht möglich sein werde, weil die Bauarbeiter in ihren Gewerkschaften eine „starke Organisation“ besäßen. Damit hat sie Klipp und Klar ausgesprochen, was ist:

Die deutschen Bauarbeiter werden nach dem Kriege den Lohn haben, den sie sich durch die Macht ihrer Organisation erringen oder erhalten können.

Wenn daraus jeder deutsche Bauarbeiter die Konsequenzen zieht, dann braucht uns um die Zukunft trotz allen Gefahren nicht Sorge zu sein.

Steuerlasten der Zukunft.

Der Finanzpolitiker Georg Bernhard hat kürzlich im Vesting Meimar Hobbing in Berlin eine Schrift herausgegeben, betitelt: „Die Finanzen vor dem Kriege“. In dieser Schrift untersucht er, wie es dem deutschen Volke nach seiner Meinung nachschicklich sein wird, die Lasten des Krieges nach dem Kriege zu tragen. Er legt dar, daß die Reichsschuld jetzt bereits weit über 100 Milliarden Mark betragt und berechnet die Gesamtsumme des Deutschen Reiches, die bei Beginn des Krieges 5 Milliarden Mark betrug, bei Beendigung des Krieges auf mindestens 150 Milliarden Mark. Während vor Beginn des Krieges für die Verzinsung und Tilgung unserer Reichsschuld jährlich rund 300 Millionen Mark gebraucht wurden — eine Summe, die uns damals schon gewaltig hoch erschien und die nur aufgebracht werden konnte durch starke Steuerliche Belastung der breiten Massen —, würden nach dem Kriege für diesen Zweck allein mindestens 900 Millionen Mark, also das Dreifache der Summe vor dem Kriege, erforderlich sein. In den Reichsschulden kommen dann noch die Schulden der Bundesstaaten und Gemeinden, die während des Krieges aus Anlaß der Kriegsvorgänge und anderen ebenfalls gewaltig gewachsen sind. Alles in allem berechnet Bernhard die für die Verzinsung und Tilgung von Schulden nach dem Kriege erforderlichen Summen auf jährlich mindestens 14 000 Millionen Mark mehr als vor dem Kriege.

Wie soll diese Riesensumme aufgebracht werden? Bernhard erklärt: Einen Weg, um Zinsen und Schulden los zu werden, könne das Deutsche Reich unter gar keinen Umständen gehen, nämlich den Weg, den Antisemitengläubigen die Zinsen zu fügen oder ihnen das Kapital nicht zu zahlen. Dieser Weg des Staatsbankrotts sei für das Deutsche Reich absolut ungangbar. Sei doch von dem Kriegsanfang an min-

destens die Hälfte von kleinen Sparen aufgebracht worden. Hätte das Deutsche Reich Kapital und Zinsen nicht, so beglückte Mittelstand gefehlt, sondern in Milliarden-Zeil der Arbeiterkraft, der keine in der Kriegsarbeit gemachten Ersparnisse bei den Sparlosen und durch diese in Kriegsanleihen angelegt habe. Noch viel wichtiger sei vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus die Gewissung, daß in den Kriegsanleihen nicht nur Sparkapital, nicht nur jene Summen stecken, die in den Banken und Anstaltsgeldscheinen aus aufgeschobenen Gewinnen flüssig lagen, sondern auch ein erheblicher Teil des Betriebskapi-

zu Neugründungen, zu Vergrößerungen und technischen Verbesserungen verringere. Eine solche Entwicklung ist auch für die Arbeiter eine Gefahr, die man beachten muß. Aber selbst, wenn man diese Gefahr gering achtet und wenn man außer einer erheblichen Vermögensabgabe eine starke Kriegsgewinnsteuer und eine stärkere Belastung des Einkommens beschließt, wenn man ferner eine hohe Erbschaftsteuer erhebt, so werde man damit die notwendigen 14 000 Millionen Mark mehr im Jahre nicht aufbringen können. Wägen die einzelnen direkten Steuern und Abgaben auch noch so hoch sein, immer werde ein großer Teil der gewaltigen Summen zur Schuldendeckung durch indirekte Steuern aufgebracht werden müssen, aber ob der Staat selbst in jedes Geschäftskontor seinen Einzug habe und sich als Teilhaber am Gewinn beteilige.

So der Finanzfachmann Georg Bernhard. Es ließe sich vom Standpunkte der Arbeiter gegen Einzelheiten seiner steuerpolitischen Theorie manches einwenden; wir wollen aber hier darauf verzichten. Worauf es uns ankommt, ist, unsern Kollegen zu zeigen, wie gewaltig groß die öffentliche Schuldlast Deutschlands ist und welche Belastung des ganzen Volkes nötig sein wird, um diese Schuld abzutragen und zu verzinsen. Die 3 Milliarden, die die Regierung jetzt vom deutschen Volke fordert, sind nur ein bescheidener Anfang von dem, was noch kommt. Sie reichen knapp zur Deckung des vorhandenen Defizits aus; an eine regelrechte Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld und der sonstigen Schulden ist damit nicht zu denken. Die deutschen Arbeiter müssen aus dieser Sachlage die Konsequenzen ziehen. Wenn sie nicht verelenden wollen, so müssen sie die Kraft haben, sich gegen eine einseitige Belastung durch neue Steuern zu wehren und für umgängliche nötige Steuern Deckung in Gestalt erhöhten Einkommens zu suchen. Diese Kraft gibt ihnen aber nur die Organisation.

Die Organisation zu stärken, muß darum unablässig unser aller Bestreben sein.

Die Lage der deutschen Arbeiter nach dem Kriege.

Daß die Lage der Arbeiter heute sehr ungünstig, weit ungünstiger als vor dem Kriege ist, ist jedem Arbeiter bekannt; denn jeder bekommt es ja täglich an seinem Leibe zu spüren. Daß und warum sich an dieser Lage nach dem Kriege nur wenig und nur langsam etwas ändern wird, haben wir in den vorhergehenden Artikeln ausgeführt, indem wir die Gründe darlegten, die diese ungünstige Lage verschulden und auch in Zukunft verschulden werden. Es besteht aber die große Gefahr, daß sich zu den heutigen ungünstigen Umständen bei Beendigung des Krieges noch weitere ungünstige Umstände gesellen und daß sich dadurch die Lage der Arbeiter noch weiter verschlechtert.

Der wichtigste dieser Umstände ist die nach dem Kriege zu erwartende grundstürzende Veränderung in der Lage des Arbeitermarktes. Heute sind die Arbeiter, trotz hoher Preise und Knappheit an Lebensmitteln, wenigstens meistens noch glücklich gestellt, als sie infolge des großen Arbeitsbedarfes der Kriegsinindustrie und der Knappheit an Arbeitskräften fast ausnahmslos ununterbrochen Arbeit haben. Gerade diese Arbeitsknappheit war während des Krieges ein wertvoller Bundesgenosse der Gewerkschaften zur Erhöhung der Löhne. Nach Kriegsende werden in der Kriegsinindustrie Millionen Arbeitskräfte überflüssig, viele Millionen strömen außerdem aus dem Heere zurück. Damit wird sich die jetzige Arbeitsknappheit in einen ganz gewaltigen Arbeiterüberfluß verwandeln. Weil unsere Industrie nur langsam vom Kriegesbedarf auf den Friedensbedarf umgestellt werden kann, weil ferner zur Aufnahme unserer ehemaligen industriellen Tätigkeit in großem Maße die Rohstoffe fehlen, so ist nach dem Kriege, mindestens zeitweilig, in vielen Gewerben dauernd, eine große Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Diese Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur für die unmittelbar davon betroffenen Arbeiter eine Vergrößerung ihres heutigen Elends und ihrer heutigen Not, sondern sie bedeutet für die ganze Arbeiterklasse auch eine Verschlechterung ihrer Lage gegenüber dem Unternehmertum. Größere Arbeitslosigkeit, Überflutung des Arbeitsmarktes macht stets das Unternehmertum stark und die Arbeiter schwach. Größere Arbeitslosigkeit hindert die Verbesserung und Festhaltung der Beschäftigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen; sie wird für die Unternehmer nach dem Kriege ein wertvoller Bundesgenosse zur Herabdrückung der Löhne sein.

Die Lage der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum hat sich während des Krieges aber auch sonst in vielfacher Weise verschlechtert. Schon das gewaltige Wachstum der Kapitalmacht auf der einen und die Verarmung der Arbeiter auf der anderen Seite hat auf das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern sehr ungünstig den Arbeiter gewirkt. Großer Reichtum bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft immer Macht, große Armut immer das Gegenteil. Darum, und weil sie eine stärkere Organisation hatten, war es auch den Arbeitern in der Großindustrie schon vor dem Kriege viel schwerer, ihre Löhne zu steigern und Tarifverträge durchzusetzen, als jenen Arbeitern, die einem weniger kapitalistischen Unternehmertum gegenüberstanden und die sich mächtige Gewerkschaften geschaffen hatten. Die kapitalistischen Vergrößerer und Hüttenbesitzer zum Beispiel konnten bis heute nicht zur Anerkennung der Gewerkschaften und zum Abschluß von Tarifverträgen gezwungen werden. Infolgeder gestiegenen Kapitalmacht wird es nach dem Kriege auch

Was ihr sollt.

Ihr sollt zu einem Ziele streben:
Zum festen, starken Arbeitsstand!
Ihr sollt die Hand einander geben
Und kämpfer sein mit Herz und Mund.

Ihr sollt nur eigner Kraft vertrauen,
Verachten, was euch schwach und trennt.
Wollt ihr am großen Werke bauen,
Baut erst ein festes Fundament.

Ihr sollt die schüchtern Zwietracht meiden,
Denn sie zerstückt eure Kraft;
Somit müßt ihr selbstverschuldet leiden
In eigener Gefangenschaft.

Ihr sollt auch euer Willen mehren
Und leuchten jedem Kind der Nacht.
Ihr sollt gehen, nicht entbehren,
Weil letzteres euch klawisch macht.

Ihr sollt den Will in Leben richten,
Der sich verflücht, wird feilsch blind.
Das Dasein kann nur dem sich richten,
Der über seine Lage lacht.

Ihr sollt euch ganz dem Ganzen weihen
Und gären wie der junge Wein;
Denn um die Arbeit zu betreten,
Müßt ihr erst freie Menschen sein!

Wittor Katinowski.

des deutschen Volkes. Während des Krieges seien die Löhne, die Rohstoffe und die Fabrikate ausverkauft worden. Den Erlös hätten die Kaufleute und Industriellen vielfach in Kriegsanleihen angelegt. Das gleiche hätten die Landwirte mit ihrem Erlös aus Pferden und sonstigen Viehbeständen getan. Das Kapital, was heute in Kriegsanleihen stecke, werde also nach dem Kriege zum guten Teil gebraucht, um von neuem Papiergeld, Wolle, Baumwolle, Leder, Freche und Ochsen zu kaufen und die deutsche Wirtschaft wieder in Betrieb zu setzen. Darum sei an den Staatsbankrott nicht zu denken; die Mittel zur Verzinsung und Tilgung der Schulden müßten unter allen Umständen beschafft werden.

Bernhard stellt dann die Frage: Sollen nun diese Kosten durch direkte oder durch indirekte Steuern aufgebracht werden? Sollen die Löhne oder sollen die Steuern die Kräfte tragen? Und er antwortet, die Kriegslöhne seien nur aufzubringen, wenn die Löhne und Arme feil trügen, wenn man direkte Steuern genau so nehme wie indirekte. Am schönsten, meint er, wäre es ja gewesen, wenn Deutschland eine große Kriegseinkommenssteuer, etwa 50 Milliarden Mark, bekommen hätte. Damit hätte es einen Teil seiner Schulden zahlen können und man brauchte dafür in Zukunft weder Zinsen noch Tilgung aufzubringen. Wir würden aber auch dann für die Verzinsung der Reichs-, Staats- und Gemeindefschulden immerhin noch 10 000 bis 11 000 Millionen Mark jährlich mehr aufzubringen haben als vor dem Kriege.

Rum werde ja von vielen die große Vermögensabgabe als eine Kriegseinkommenssteuer vollkommen gleichwertig betrachtet. Man schätze das deutsche Nationalvermögen auf 300 000 bis 400 000 Millionen Mark und berechne, daß eine Abgabe von 10 pSt. 40 Milliarden Mark ergebe. Kürze man um diesen Betrag die Reichsschuld, so brauche man an laufenden Zinsen jährlich rund 3 Milliarden Mark weniger aufzubringen. Man vergesse aber, daß in dem angegebenen Nationalvermögen alles stehe, was wir an Werten im Lande haben, gleichgültig, ob es dem Reich, einem Bundesstaat, einer Gemeinde, ob es der Gesamtheit oder Gemeintheilen des Volkes, oder ob es den einzelnen gehöre. Nehme man das, was der Gesamtheit gehöre, vom Nationalvermögen ab, so blieben höchstens noch 200 000 Millionen Mark, wovon wirklich Steuern erhoben werden könnten. Wollte man davon 40 bis 50 Milliarden Mark abgeben, so blieben mindestens 150 pSt. vom Reichsvermögen erhoben werden, und da man die kleinen Vermögen nicht so hoch belassen könnte, so fände man für die großen Vermögen, um die angegebene Summe zu erzielen, zu einer Vermögensabgabe bis zu 50 pSt. Diese hält aber Bernhard volkswirtschaftlich für gefährlich. Das Vermögen oder Kapital der Kapitalisten bestche zum großen Teil aus sachlichen Produktionsmitteln: aus Wäldern, Fabriken, dem Acker des Bauern usw. Nehme man große Mengen dieses Kapitals einfach weg, so sei die selbstverständliche Folge davon, daß unser gesamter Betrieb auf allen Gebieten der Volkswirtschaft sich reduziere und daß sich die Wirtschaft

den Arbeitern in andern Industrien und Gewerben viel schwerer sein als früher, ihre Lage zu verbessern. Dies um so mehr, als das Unternehmertum während des Krieges unabhängig am Ausbau seiner Organisation gearbeitet und auch dadurch seine Macht gestärkt hat, während auf der andern Seite die Gewerkschaften durch die Eingliederung eines großen Teiles ihrer Mitglieder und die Zusammenfassung ihrer Kräfte stark geschwächt wurden.

Außer den angeführten Umständen trägt auch der wirtschaftliche Zusammenbruch des Unternehmertums, die stets fortschreitende Bildung von Kartellen, Syndikaten, Monopolen usw. ganz gewaltig zur Stärkung der Unternehmerrmacht bei. In dieser Beziehung hat sich besonders im Baugewerbe gegen früher sehr viel geändert. Zwar hatten es die Bauarbeiter auch schon vor dem Kriege mit starken Arbeitgeberverbänden zu tun, mit Arbeitgeberverbänden, die wiederholt den Versuch machten, die Organisationen der Arbeiter unterzuwerfen und dem Unternehmertum wieder zur Diktatur bei Befestigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhelfen; aber ein großer Teil der Bauunternehmer stand doch außerhalb der Arbeitgeberverbände und machte deren Bestrebungen nicht mit. Darauf war es in der Hauptsache zurückzuführen, daß dem Arbeitgeberverband bei der großen Ausperrung im Jahre 1910 sein Plan nicht glückte und daß die Ausperrung mit einem Sieg der Arbeiter endete. Inzwischen hat der Arbeitgeberverband unabhängig an der Stärkung seiner Macht gearbeitet. Er hat, um nur an einiges zu erinnern, Kartellverträge mit Bauhoffmeistern und ausländischen Unternehmerverbänden geschlossen, er hat einen „Arbeitsrat“ von einer Million Mark angekauft, er hat sich mit den Arbeitgeberverbänden der Baumeistergewerke zum Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände vereinigt und er hat schließlich während des Krieges, gemeinsam mit dem Innungsverband deutscher Baugewerksmeister, den „Deutschen Wirtschaftsbund für das Baugewerbe“ geschaffen.

Ganz besonders dieser Wirtschaftsbund bedeutet für unsere Unternehmer und ihre Organisation eine ganz gewaltige, in ihrer Größe und Wirkung heute noch gar nicht abzuschätzende Stärkung ihrer Macht. Mit Hilfe dieses Wirtschaftsbundes bekommt der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe einen sehr starken Einfluß auf die Bauhoffmeister und Bauhoffhändler; er wird die in Zukunft zwingen können — und er hat dies schon heute durch Vereinbarungen zum Teil erreicht —, daß sie an die organisierten Bauunternehmer die Bauhoffmeister zu billigeren Preisen liefern. Damit wird er die heute noch nicht organisierten Unternehmer bald restlos in ihre Verbände treiben. Bei Ausperrung oder Streiks wird er — was er 1910 bei der großen Ausperrung auch schon versucht hat, was ihm aber damals noch nicht recht gelungen ist — den unorganisierten oder nicht ausperrbaren Unternehmern alle Bauhoffmeister heranziehen und sie damit seiner Herrschaft und seinem Willen unterwerfen können.

Schon im vorigen Jahre wurde auf Betreiben des Wirtschaftsbundes ein Zementverbraucherverband gegründet, der alle Fachverbände der Zementverbraucher umfaßt und der den Zweck hat, Einfluß auf das Zementgeschäft, seine Preispolitik und Lieferungsbedingungen zu bekommen. Man ist ferner seit vorigem Jahre mit Erfolg bestrebt, die heute noch sehr zerstückelte Ziegelindustrie zu kartellieren und sie dem Einfluß des Wirtschaftsbundes zu unterwerfen. Der Wirtschaftsbund hat dabei erklärt, daß er gegen die Schaffung eines Baugewerksbundes bei der Ziegelindustrie nichts einzuwenden habe, wenn ihm bezüglich der Zementverbraucherverbände hinsichtlich der Lieferungsbedingungen und der Preisgestaltung ein ausreichender Einfluß gewährt werde und wenn das Syndikat durch einen Gegenleistungsvortrag sich zur Gewährung von Rabatten gegenüber den Außenjägern verpflichtet. Der Wirtschaftsbund erwartet von der Gewährung solcher Rabatte mit Recht die Zwangsorganisierung aller heute noch nicht organisierten Bauunternehmer und Bauhoffhändler. Eine Einigung in dieser Frage ist gütlich bereits erzielt und es ist zu erwarten, daß die Angelegenheit bald im Sinne des Wirtschaftsbundes geregelt wird.

Alles das bedeutet, um es noch einmal zu sagen, eine ganz ungeheure Stärkung der Macht des Unternehmertums gegenüber den Arbeitern und ihren Organisationen. Wenn die Arbeiter nicht wollen, daß sich daraus eine dauernde Verschlechterung ihrer Lebenshaltung ergibt, dann müssen sie danach trachten, ihre Organisationen nicht minder stark als die der Unternehmer zu machen. Lohnfragen sind immer Machtfragen. Je größer die Macht ist, die die Arbeiter bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Waagschale werfen können, desto besser werden sie dabei fahren. Macht verlangen aber die Arbeiter nur durch ihren Zusammenhalt. Deshalb muß jeder Arbeiter nicht nur selber organisiert sein, sondern auch alles daransetzen, daß seine Mitarbeiter, die heute noch gleichgültig abseits stehen, organisiert werden. Nur wenn das geschieht, nur wenn die Bauarbeiter den Organisationen der Bauunternehmer eine gleich starke Macht entgegenzusetzen, wird ihre Lage nach dem Kriege halbwegs erträglich sein.

Wenn die Wässerlein kämen zu Haus,
Gäben sie einen Fluß;
Weil jedes nimmt seinen eigenen Lauf,
Eins ohne das and're vertrocknen muß.

Was haben die Gewerkschaften nach dem Kriege zu tun?

Die Aufgabe der Gewerkschaften wird immer die Abwehr der in unserem ersten Artikel geschilderten kapitalistischen Verleumdungen und darüber hinaus der Kampf um den wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Aufstieg der Arbeiter sein. In diesem Kampfe steht, wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft das Bestreben um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen obenan.

Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird nach dem Kriege um so notwendiger und wichtiger sein, als der Krieg die Lebenshaltung der Arbeiter stark verschlechtert hat. Es gilt, den Arbeitern zunächst wieder die Lebenshaltung zu erbringen, die sie sich vor dem Kriege mit Hilfe ihrer Organisationen erkämpft hatten. Dabei dürfen sich die Arbeiter niemals von der Höhe ihres Stundenlohnes, ihres Geld- oder Nominallohnes leiten lassen, sondern sie müssen stets darauf sehen, was sie für ihre Köpfe kaufen können. Solange sie nicht mindestens wieder so leben können, wie sie vor dem Kriege gelebt haben, solange sie sich nicht an guter Nahrung verhältnismäßig satt essen, sich ordentlich kleiden, ihren Hausstand wieder auf die alte Höhe bringen und sich auch wieder einige Ausgaben für Erholung und Vergnügen leisten können, solange ist ihre Reallohn niedriger als vor dem Kriege, und es muß alles aufgeboten werden, um ihn zu erhöhen. Sollten die Lebensmittel- und Warenpreise nach dem Kriege wieder in stärkerem Maße zurückgehen, so tritt eine Steigerung des Reallohnes ganz von selber ein; bleiben die Preise dagegen auf ihrem heutigen Stande, so wird den Gewerkschaften zur Erreichung ihres Zweckes nur eine weitere Steigerung der Löhne übrigbleiben. Aber auch, wenn die Arbeiter ihren alten Lebensstand wieder erreicht haben, wird eine weitere Verbesserung ihrer Lebenshaltung nicht unnötig sein; denn es wird wohl kein Arbeiter behaupten wollen, daß die Lage der Arbeiter vor dem Kriege zufriedenstellend gewesen sei.

Ihre Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter geht auch die Verkürzung der Arbeitszeit. Während des Krieges ist die Arbeitszeit im Baugewerbe vielfach verlängert worden, und auch dadurch sind den Bauarbeitern zum Teil Verletzungen von Jahrgängen zuzurechnen gegangen. Zurückzuführen ist die Verlängerung der Arbeitszeit einmal auf den großen Arbeitermangel, besonders aber darauf, daß der Lohn, den die Bauarbeiter in der tariflich festgesetzten Arbeitszeit verdienen, zur ordentlichen Erhaltung ihrer Familien nicht ausreicht. Wenn auch bei dem allgemeinen Arbeitermangel durch die Verlängerung der Arbeitszeit während des Krieges keine Bauarbeiter arbeitslos wurden, so bringt diese Verlängerung doch mancherlei andere Schäden mit sich. Vor allem wird dadurch, zumal bei der jetzigen unzureichenden Ernährung, die Gesundheit der Arbeiter geschädigt. Daneben fallen alle die günstigen Umstände weg, die wir an anderer Stelle dieser Nummer als Folge der Arbeitszeitverkürzung erwähnt haben. Nach dem Kriege muß darum die Verkürzung der Arbeitszeit eine unserer wichtigsten Aufgaben sein. Sie muß das ganz besonders sein, wenn sich nach dem Kriege auch im Baugewerbe eine größere Arbeitslosigkeit ergeben sollte, was bei dem herrschenden Mangel, Sympthemen- und Bauhoffmeister trotz großer Wohnungsnot leider nicht unwahrscheinlich ist.

Mit der Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen steht für uns Bauarbeiter die Neuordnung unseres gesamten Tarifwesens im engsten Zusammenhang. Unsere Tarifverträge sind während des Krieges immer wieder unüberändert verlängert worden. Nicht einmal die Tariflöcher wurden erhöht. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die die Bauarbeiter heute bekommen, hat der Arbeitgeberverband ausdrücklich unter Verweisung auf die „Kriegszustände“ anerkannt. Wenn eine Erhöhung der Tariflöhne hat er sich bis zum äußersten getraut, weil er die Absicht hat, den Bauarbeitern diese Löhne nach dem Kriege ganz oder doch zum größten Teil wieder zu nehmen. Daß der Arbeitgeberverband auch eine Verschlechterung unserer Tarifverträge in anderer Beziehung erstrebt, ist unsen älteren Verbandsmitgliedern aus den Kämpfen, die er schon früher um diese Tarifverträge führte, zur Genüge bekannt. Es ist angebracht dieser Gegenstände nicht ungenügend, daß beim Ablauf der jetzigen Tarifverträge nach dem Kriege ein Arbeitskampf von noch nie da gewesener Größe entzündet, ein Arbeitskampf, der das gesamte Baugewerbe einschließlich aller Baumeistergewerke umfassen würde. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter und ihre Vertretungen, die Gewerkschaften, einen solchen Kampf nicht scheuen; für sie ist es besser, wenn eine friedliche Regelung der streubehenden Fragen gelingt. Aber bei dieser Regelung müssen die Interessen der Arbeiter gewahrt werden. Geht es dies nicht, dann werden die Gewerkschaften dem Kampf ebensoviele ausweichen können, wie sie im Jahre 1910 bei der großen Ausperrung ausweichen konnten. Je härter die Gewerkschaften sind, um so früher wird das Entgegenkommen des Arbeitgeberverbandes sein, um so mehr befeuert die Aussicht, daß die Neuregelung unseres gesamten Tarifwesens auf friedlichem Wege gelingt.

Eine weitere Aufgabe unseres Verbandes nach dem Kriege ist die Verbesserung des Bauarbeiter- und Bauunternehmerkampfes. Auch mit dem Bauarbeiterkampf ist es während des Krieges in mancher Beziehung rüdnäher ansetzt vor-

wärts gegangen. Das muß nach dem Kriege wieder anders werden. Leben und Gesundheit unserer Kollegen sind das Höchste, das sie besitzen. Wird ihre Gesundheit durch mancherlei Bauarbeiterkampf gefährdet, werden sie durch Bauunfälle zu Krüppeln, oder kommen sie gar bei solchen Unfällen zu Tode, so hat für sie alle Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur wenig oder gar keinen Wert. Darum muß sich unser Verband nach dem Kriege — und auch heute schon — um die Verbesserung des Bauarbeiter-schutzes bemühen, und alle Kollegen müssen ihn in ihrem eigenen Interesse darzu tatkräftig unterstützen.

Auch das Lehrlingswesen bedarf dringend der Regelung. Gegen die Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiete haben sich bis jetzt die Unternehmer am meisten gestäubt. Sie sehen die Regelung der Lehrlingsfrage als ihre alteingewohnte Aufgabe an. Dabei ist es doch ganz klar, daß die Arbeiterfrage, aus der die Lehrlingsfrage hervorgeht und der sie in jeder Weise zugehört, an der Regelung ihrer Einstellung, Auflosung und Ausbildung mindestens ebenso stark interessiert ist wie die Unternehmer. Die Gewerkschaften müssen und werden dafür sorgen, daß die Arbeiter auch auf diesem Gebiete gleichberechtigt mit den Unternehmern werden.

Dies sind nur einige, die uns zunächst liegenden Aufgaben unseres Verbandes nach dem Kriege. Darüber hinaus haben die Gewerkschaften noch Aufgaben vielerlei Art. Sie haben, als die heute allgemein anerkannten Vertretungen der Arbeiterschaft, insbesondere mitzuwirken bei der Regelung der Übergangswirtschaft; der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung, der Wiedereingliederung der Kriegsteilnehmer in ihre Berufe, der Hilfe für die Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Sie haben ferner mitzuwirken auf den Ausbau der sozialen Gesetzgebung; sie haben mitzuwirken an einer Verbesserung unserer Ernährung, an einer besseren Erhaltung und gerechter Verteilung der Lebensmittel, an der Senkung der Preise und an vielem andern mehr. Die Gewerkschaften und ihre Mitglieder sind aber auch auf dem allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes interessiert. Sie werden deshalb auch diesen Fortschritt nach Kräften zu fördern suchen. Insbesondere werden sie alle auf die volle politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Volksgenossen hinauslaufenden Bestrebungen unterstützen. In diesem Sinne treten sie für die freischichtliche Ausgestaltung des Reiches und der Einzelstaaten, für die Förderung der Volkshilfe und für alles ein, was geeignet ist, Deutschland in der Welt wirklich vorwärts zu bringen. Damit den Arbeitern nicht auf politischem Gebiete das wieder genommen wird, was sie sich auf wirtschaftlichem mit Hilfe der Gewerkschaften erkungen haben, treten die freien Gewerkschaften für eine vollständige Wirtschaft-, Steuer- und Zollpolitik ein.

Bei allen diesen Bestrebungen werden die Gewerkschaften um so mehr Erfolg haben, je stärker sie sind. Die Stärkung der Gewerkschaften ist darum auch von diesem Gesichtspunkt aus eines jeden Arbeiters heilige Pflicht.

Der Deutsche Bauarbeiterverband

ist am 1. Januar 1911 ins Leben getreten. Er ist aus den Verbänden der Bauarbeiter und Bauhoffmeister Arbeiterverbände hervorgegangen und hatte am Anfang seines Bestehens 230 000 Mitglieder. Bis zum Kriegsbeginn hat sich diese Mitgliederzahl auf 303 500 erhöht. In der Zwischenzeit hatten der Verband der Stuktureure mit etwa 10 000 und der Verband der Stuktureure mit etwa 10 000 Mitgliedern ihren Anstoß auf unsern Verband erhalten. Zeitweilig hat unser Verband bei unsern Konjurten schon über 330 000 Mitglieder gezählt.

Nach Kriegsbeginn ging natürlich die Mitgliederzahl des Verbandes sehr stark zurück, wurde doch der größte Teil der organisierten Bauarbeiter — nahezu 200 000 — zum Heeresdienst eingezogen. Auch schließendlich ist ein Teil der Mitglieder des Verbandes geworden. Im Jahre 1916 war die Zahl der Verbandsmittelglieder auf rund 78 000 gesunken. Im Jahre 1917 hat der Verband, trotz weiterer Einziehungen zum Heeresdienst, bereits wieder um rund 10 000 Mitglieder zugenommen. In den drei ersten Kriegsjahren hatte sich eben die Mithilfe und Notwendigkeit des Verbandes auch für viele von denen herausgestellt, die nach Kriegsausbruch in dem ersten allgemeinen Beweissungs- und Verdrückungsstadium gefolgt hatten, daß um eine Organisation nicht mehr nötig sei. Auch viele früher noch nicht organisierte Bauarbeiter sind dem Verband beigetreten. In diesem Jahre können wir erfreuensweise ein weiteres Steigen der Mitgliederzahl beobachten. Wir hoffen, daß die Zahl des „Grundstein“ und die weitere Arbeit unserer bewährten Vertrauensleute, Raubdeputierten und sonstigen Mitglieder zu einer weiteren, recht erheblichen Steigerung der Mitgliederzahl beitragen werden.

Zu einigen Wochen sollte es auf keinem Ban in Deutschland mehr einen unorganisierten Bauarbeiter geben!

Veranstaltungen.

Nächste, Dienstag, den 28. Mai, abends 6 Uhr, im Vereinslokal „Vambusium“, Tagesordnung: Nachzahlung des 5. Jahresbeitrags zum 1. April an.

